



Art des Vorstosses:

☐ Motion☒ Postulat

Bitte unterzeichnetes Original dem Ratspräsidium abgeben und zusätzlich mit E-Mail weiterleiten an: staatskanzlei@ow.ch

Titel: **Postulat betreffend digitaler Möglichkeiten zur politischen Partizipation, insbesondere im Bereich des «e-collecting», im Kanton Obwalden**

Auftrag:

E-Government stellt eine Verbundaufgabe dar und ist nur mit einer engen Zusammenarbeit der Kantone und Gemeinden mit dem Bund zu erreichen.

Der Regierungsrat wird beauftragt zu informieren, wie Obwalden in die Entwicklung dieser Verbundaufgabe eingebunden ist und welche Zeithorizonte für die Lösung sicherheitskritischer Anwendungen wie sichere Authentifizierung und den dafür notwendigen gültigen Rechtsgrundlagen bestehen.

Des Weiteren wird der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, inwieweit digitale Möglichkeiten, insbesondere im Bereich des «e-collecting», die politische Partizipation im Kanton Obwalden fördern können und welche technischen und rechtlichen Grundlagen notwendig sind oder angepasst werden müssen, damit die vier Teilprozesse der digitalen Unterstützungsbekundung in digitaler Form möglich sind und die Kommunikation zwischen den notwendigen Schnittstellen effizienter und medienbruchfrei gestaltet werden kann.

Als erstes die Abgabe der Unterstützungsbekundung durch die stimmberechtigte Person, zweitens das Sammeln der Unterstützungsbekundungen durch die Komitees, drittens die Überprüfung der Gültigkeit der Unterstützungsbekundungen durch die Bescheinigungsstellen (Gemeinden) und zuletzt das Zählen der gültig abgegebenen Unterstützungsbekundungen durch eine zentrale staatliche Stelle.

Begründung:

Heute wollen die meisten Einwohnerinnen und Einwohner über digitale Medien mit der Verwaltung kommunizieren. Sie sind sich gewohnt, im Alltag digitale Mittel zu nutzen und wollen ihre Verwaltungsgeschäfte zeitlich und örtlich unabhängig digital erledigen. Medienbrüche darf es nicht mehr geben. Auch Politik findet heute nicht mehr nur auf der Strasse und an Parteiversammlungen statt, sondern vermehrt auch im digitalen Raum. So werden einerseits immer häufiger Medien online konsumiert, andererseits auf verschiedenen Social-Media-Kanälen politische Inhalte generiert, kommentiert und geteilt.

Wer sich aber darüber hinaus aktiv beteiligen und etwa eine Volksinitiative unterzeichnen möchte, muss noch immer zu Papier, Drucker, Kugelschreiber, Kuvert und Briefmarke greifen.

Die Anpassung des Modus der Unterschriftensammlung vollzieht veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Gewohnheiten nach, wie früher bei der Einführung der brieflichen Stimmabgabe. Mit der Erweiterung auf elektronische Unterschriftensammlungen können breitere Bevölkerungskreise erreicht werden als heute. Anders als bei der Stimmabgabe muss kein Stimmgeheimnis gewahrt werden, weswegen auch keine grösseren technischen Sicherheitsprobleme bestehen. Mit der Ermöglichung elektronischer Unterschriftensammlungen kann die direkte Demokratie gestärkt und modernisiert werden, gleichzeitig wird die Bürokratie reduziert.

In verschiedenen Kantonen der Schweiz sind Bestrebungen im Gang, das digitale Sammeln von Unterschriften zu ermöglichen - beispielsweise im Kanton Schaffhausen, St. Gallen oder Baselland.

Auch in Obwalden muss sich die Verwaltung den Herausforderungen der «digitalen Demokratie» und insbesondere auch den Möglichkeiten zur Steigerung der politischen Partizipation stellen. In der Informatikstrategie 2022 wird diese Thematik erkannt und als prioritär eingestuft.

Es ist deshalb wichtig, dass wir einerseits die neuen, digitalen Möglichkeiten zur Steigerung der politischen Teilhabe nutzen, andererseits aber auch die notwendigen, innovativen Prozesse innerhalb der Obwaldner Verwaltung anstossen, damit das E-Government-Portal entsprechend ausgestaltet wird.

Datum: 02.12.2021

Urheber/-in:

J. Alenbach

Mitunterzeichnende:

A. Schmid H. Hüh A. Albert
E. Leisiger P. Hilt P. Hilt
A. P. Hilt
O. Hilt P. Hilt